



Kreispolitische Leitsätze 2014 - 2020

Beschluss vom 29.03.2014 - Kreisparteitag der Rhein-Erft SPD

Unser guter Plan: Für Fortschritt und Zusammenhalt im Rhein-Erft-Kreis.

1. Den Rhein-Erft-Kreis - unsere Heimat in Europa - stärken.

Alle sollen sich im Rhein-Erft-Kreis - unserer Heimat - wohlfühlen. Heimat bedeutet für uns gute Lebensqualität. Heimat bedeutet für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit. Heimat bedeutet für uns attraktive Städte in einem lebenswerten Kreis. Heimat bedeutet für uns eine gute Zusammenarbeit zwischen Kreis und Städten.

„Städte und Kreis - Hand in Hand“ lautet unsere Devise. Dort wollen wir wieder hin. Wir wollen weg von der kommunalfeindlichen Politik der letzten Jahre. Wir wollen hin zu einer Politik der Stärkung der örtlichen Gemeinschaft, die den Menschen dient. Zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern sowie der heimischen Wirtschaft wollen wir die Zukunftsaufgaben anpacken:

- den demografischen Wandel gestalten und den sozialen Zusammenhalt sichern,
- unserer Region in einer immer stärker vernetzten Welt ein eigenes Profil geben,
- Beiträge zur nachhaltigen Energieversorgung und zum Klimaschutz leisten,
- die Infrastruktur modernisieren,
- weitere attraktive und zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen und
- die Wertschöpfung der Wirtschaft in unserem Kreis stärken.

Wir bekennen uns zur öffentlichen Verantwortung für die kommunale Daseinsvorsorge, die sich nicht nur auf die materielle Grundversorgung bezieht, sondern auch auf die sozialen und kulturellen Aufgaben der Städte erstreckt. Wir bejahen das kommunale Eigentum von Betrieben für die Versorgung mit Energie und dem wichtigsten Lebensmittel Wasser, für den öffentlichen Personennahverkehr, für die Entsorgung von Abfall und Abwasser und für den Gesundheitsbereich. Wir lehnen die Politik des "Privat vor Staat" um jeden Preis entschieden ab.

Heimat liegt für uns in einem vereinten und friedlichen Europa. Der Rhein-Erft-Kreis hat mit seiner günstigen Lage alle Möglichkeiten, zu einer Drehscheibe in unserer Heimat Europa zu werden.

2. Jedem Kind, jedem Jugendlichen beste Chancen sichern.

Bildung ist mehr als die Vermittlung von Wissen; sie ist die wichtigste Ressource unseres Staates. Das Menschenrecht auf Bildung ist Grundvoraussetzung für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Der Geldbeutel der Eltern darf nicht über die Bildungsabschlüsse junger Menschen entscheiden. Wir wollen, dass jedes Kind und jeder Jugendliche die bestmögliche Förderung erhält. Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, Jugendliche ohne Abschluss aus dem Bildungssystem zu entlassen.

Bildung früher beginnen - gebührenfrei.

Der Grundstein für die erfolgreiche Entwicklung junger Menschen wird sehr früh gelegt. Kindertagesstätten haben einen Bildungsauftrag und bieten frühe Fördermöglichkeiten an; sie sollen ihrem Bildungsauftrag bestmöglich nachkommen können.

Daraus folgt für uns: Kindergärten müssen, wie Schulen, gebührenfrei werden. Die Rot-Grüne Landesregierung hat in einem ersten Schritt das dritte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt. Wir ermuntern die Städte, auch bei den Geschwisterkindern, die parallel zum beitragsfreien Kind Kindertagesstätten besuchen, auf Beiträge zu verzichten.

Mehr Ganzttag und mehr gemeinsames Lernen herbeiführen.

Wir wollen Ganztagsbetreuung in allen allgemeinbildenden Schulformen. Ganztägiges Lernen braucht ein Umfeld, in dem sich Schülerinnen und Schüler wohl fühlen können. In der Verantwortung für die Aufgaben als Schulträger wollen wir verstärkt für eine gute Ausstattung der Schulen sorgen, die Lern-, Spiel- und Erholungsphasen gleichermaßen ermöglicht und die Schulträger ermutigen und unterstützen, auch die Verantwortung für eine gesunde Verpflegung zu übernehmen.

Längeres gemeinsames Lernen führt zu einer Verbesserung des Lernens. Maßstab unseres Handelns für die jeweilige Schulform ist der Elternwille.

Berufliche Bildung stärken.

Ein Schwerpunkt des Rhein-Erft-Kreises im Bereich der Bildungspolitik ist die berufliche Bildung. Das duale System ist weltweit anerkannt. Es bietet die beste Verbindung zwischen Theorie und Praxis für Ausbildungsberufe. Mittlerweile schaut ganz Europa auf die positiven

Aspekte des dualen Ausbildungssystems. Seine Zukunft ist davon abhängig, dass die Unternehmen im Rhein-Erft-Kreis genügend Ausbildungsplätze bereitstellen.

Unser Ziel ist ein kreisweiter Ausbildungskonsens mit dem Versprechen, allen unversorgten Jugendlichen ein Ausbildungsangebot zu unterbreiten, soweit die/der Auszubildende ausbildungsfähig und ausbildungswillig ist. Bei fehlender Ausbildungsfähigkeit sollen die Jugendlichen durch spezielle Förderprogramme (wie z.B. Start in den Beruf) so schnell wie möglich in die Lage versetzt werden, eine Ausbildung zu beginnen.

Wenn die Unternehmen ihrer Ausbildungsverpflichtung nicht nachkommen, darf die Politik nicht wegschauen. Wir können es uns nicht leisten, Jugendlichen den Weg in eine Ausbildung zu verwehren und in Warteschleifen zu parken. Die Unternehmen haben es also selbst in der Hand, eine Ausbildungsumlage zu verhindern.

Wir sichern zu, das Berufsschulsystem in seiner Attraktivität zu erhalten. Deshalb setzen wir uns für die Weiterentwicklung der fünf Berufskollegs im Kreis ein.

Natürlich hat auch der Rhein-Erft-Kreis bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen eine besondere Verantwortung und Vorbildfunktion. Durch Verdoppelung der Ausbildungsplätze wollen wir dem Kreis eine Vorbildfunktion verschaffen. Bei Handel und Industrie werden wir für zusätzliche Ausbildungsplätze werben.

Unser Ziel ist es, den Menschen gerechte Entlohnung für ihre Arbeit zukommen zu lassen, auch Berufspraktikantinnen und Berufspraktikanten. Es darf nicht sein, dass unter dem Deckmantel von Erprobungen, Umschulungen oder Berufsintegration Menschen ausgebeutet werden, indem sie für längere Zeiträume ein Praktikum ohne Entlohnung absolvieren müssen, um überhaupt eine Chance auf Ausbildung oder Anstellung zu erhalten.

Gut ausgebildete Fachkräfte sind der Standortvorteil einer Region im Wandel

Leider haben wir auch im Rhein-Erft Kreis eine deutlich zu hohe Abbruchquote von Berufs- und Studieneinsteigern. Damit einem Strukturwandel auch auf dem Arbeitsmarkt Rechnung getragen werden kann, müssen wir dafür sorgen, dass unsere Kinder eine bestmögliche Berufsorientierung erhalten. Daher setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass es eine verpflichtende Potenzialanalyse für alle Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schulen ab der 8. Klasse gibt. Dies hilft uns und den Schülern Potenziale zu entdecken, welche für Zukunftsindustrien auf dem Arbeitsmarkt benötigt werden.

Wir vermeiden durch eine umfassende Potenzialanalyse einen Praxisschock bei den Berufs- und Studienanfänger(inn)en und senken so die Abbrecherquote im Kreis. Des Weiteren lenken wir den Fokus auf neue Berufsfelder, die traditionell nicht im Fokus der Jugendlichen stehen.

Ein Strukturwandel in der Wirtschaft beginnt mit einem Strukturwandel des Arbeitsmarktes.

Jugend Freiraum geben, damit sie sich entfalten kann.

Bildungseinrichtungen und die Lebenswirklichkeit von Jugendlichen darf nicht alleine daran ausgerichtet werden, ökonomischen Erfordernissen zu genügen. Jugendliche müssen auch den Freiraum erhalten, sich entfalten und eigene Initiative entwickeln zu können. Wir brauchen kritische junge Menschen, die sich einmischen und Verantwortung für unsere Gesellschaft übernehmen. Neigungen und Interessen der jungen Menschen müssen bei der Studien- und Berufswahl ein stärkeres Gewicht erhalten; deshalb setzen wir auf eine umfassende Beratung in den Schulen.

Kinderarmut überwinden.

Wir werden uns für ein Programm gegen Kinderarmut im Rhein-Erft-Kreis einsetzen. Um zu wirksamen Maßnahmen zu kommen, wollen wir gemeinsam mit Betroffenen, Experten und Verantwortlichen einen runden Tisch ins Leben rufen und mit ihm ein Konzept erarbeiten.

Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigung fördern.

Für uns sind die gemeinsame Betreuung und Bildung von Kindern mit und ohne Behinderung in den Kitas sowie ihr gemeinsamer Unterricht in Regelschulen ein wichtiges Ziel. Dazu müssen die Kitas und die Schulen vom Land vor allem mit Personal besser ausgestattet sein; das Land muss dies gewährleisten. Eine besondere Herausforderung für die Bildungspolitik ist die Entwicklung von Angeboten und Förderungen für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die mit Benachteiligungen leben müssen. Der Rhein-Erft-Kreis ist Träger eines breiten Förderschulangebots. Wir wollen diese Angebote - wo sie unerlässlich sind - weiterhin unterstützen. Noch viel wichtiger ist die fortschreitende Inklusion aller Kinder in die Regelschulen. Sie gelingt dort am einfachsten, wo Inklusion selbstverständlich und unbewusst gelebt wird. Inklusion ist eine Herausforderung für die ganze Gesellschaft, sie beginnt im Kopf. Sie darf nicht auf die Lehr- und die anderen pädagogisch tätigen Kräfte abgewälzt werden.

Sport- und Freizeitangebote können wichtige Beiträge leisten, denn sie können Menschen mit und ohne Behinderung zusammenführen. Dies gilt ganz generell, natürlich auch im schulischen Alltag. Deshalb soll Sport als Instrument der Inklusion in der Schule stärker berücksichtigt werden. Es ist von großer Bedeutung, Schülerinnen und Schüler, die auf die Unterstützung von Integrationshelfern angewiesen sind, die Teilnahme an Angeboten im schulischen Rahmen zu ermöglichen, die nicht Teil des originären Unterrichtsgeschehens sind. Über einen kreisweiten Schulentwicklungsplan für die Förderschulen wollen wir dieses Ziel verfolgen.

Außerhalb der Schule müssen bestehende Angebote vernetzt und verstärkt beworben werden. Auf diese Weise lassen sich einerseits eine noch bessere Resonanz aus breiteren Kreisen der Bevölkerung und andererseits positive Synergieeffekte erzielen. Neue Veranstaltungen könnten hinzutreten oder daraus erwachsen. Wir stellen uns einen Inklusionstag des Sportabzeichens vor.

Schulsozialarbeit fortführen.

Für die Armut oder andere Probleme ihrer Familien sind nicht die Kinder verantwortlich. Trotzdem entstehen gerade den Kindern große Nachteile, die sich auf ihr ganzes Leben auswirken können - mit negativen Folgen für unsere ganze Gesellschaft. Mit „Schulsozialarbeit“ lässt sich gegensteuern. Eine gute Idee und Teil des „Bildungs- und Teilhabepaketes“ des Bundes im Zuge der Fortschreibung von „Hartz IV“, von den SPD-geführten Ländern durchgesetzt. Darüber hatte der Bund ihre Finanzierung mit Zuschüssen an den Kreis gesichert. Leider nur befristet. Wir unterstützen ausdrücklich die Bemühungen auf Bundes- und Landesebene, die Finanzierung der Schulsozialarbeit aus staatlichen Mitteln fortzuführen. Solange diese Bemühungen erfolglos bleiben, wollen wir dafür sorgen, dass der Kreis seine Vereinbarungen mit den Städten zur Finanzierung der Schulsozialarbeit wieder aufleben lässt. Der Kreis soll dann den Städten die benötigten Mittel aus der Erstattung des Bundes für die Leistungen nach dem SGB XII zur Verfügung stellen.

Gesund aufwachsen: präventive Gesundheitsförderung ausbauen.

Für die SPD ist die Gesundheitsförderung der Kinder und Jugendlichen im Rhein-Erft-Kreis eine vorrangige Aufgabe. Alle Kinder im Kreis sollen gute Lebens- und Gesundheitschancen haben. Allerdings sind die Gesundheitschancen nicht gleich verteilt. Wir werden die Gesundheitsförderung und -vorsorge stärker als bisher in das direkte Lebensumfeld der Kinder und Jugendlichen vom Elternhaus über Kindergarten bis zur Schule und Ausbildungsstätte einbinden.

Die gesunde Ernährung unserer Kinder legt die Grundlage zu einem aktiven und positiven Leben. Sportliche und soziale Aktivitäten sollen frühzeitig die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen unterstützen.

Der öffentliche Gesundheitsdienst soll sich seinen Kernaufgaben zuwenden. Gesundheitliche Risiken körperlicher, psychischer und sozialer Herkunft sind frühzeitig zu erkennen. Wichtige Meilensteine wurden von uns initiiert und unterstützt: Dazu zählen die flächendeckenden Vorsorgeuntersuchungen im Kindergarten, mehr Impfschutz (z.B. bei der Masernimpfung) und mehr zahnärztliche Gruppenprophylaxe.

Die präventive Arbeit muss ausgebaut werden, damit Fehlentwicklungen, die sich aus mangelnder Bildung, prekären ökonomischen Verhältnissen und Armutsgründen ergeben, verhindert werden. Niederschwellige Hilfe-Angebote in der Nähe der Familien sind von herausragender Bedeutung. Wir wollen sie ausbauen und optimieren. Wir setzen uns dafür ein, dass der Rhein-Erft-Kreis dabei alle Optionen von Landes- und Bundesprogrammen umsetzt. Wir lassen kein Kind zurück.

3. Einen familienfreundlichen Kreis schaffen. Den Zusammenhalt stärken.

Die zentrale Grundlage für den Zusammenhalt in unserem Kreis ist der soziale Friede. Das Miteinander hat viele Gesichter, individuell in der Nachbarschaft oder im Rahmen von Initiativen und Vereinen. Wir wollen den Zusammenhalt im Rhein-Erft-Kreis zwischen Arm und Reich sowie Alt und Jung. Die Stärkung von Familien ist unser zentrales Anliegen.

Wir fördern „Kultur für alle“.

Unser Kreis hat mit über 50 Schlössern, Burgen und Herrensitzen eine Vielzahl von Kulturdenkmälern als Zeugnisse der Geschichte. Die kulturelle Arbeit in allen Städten im Kreis ist in ihrer Vielfalt einmalig. Sie charakterisiert das gesellschaftliche Leben vor Ort und ist insbesondere auf die engagierte Arbeit der vielen Vereine zurückzuführen.

Für uns ist Kulturarbeit ein unverzichtbarer Teil der Daseinsvorsorge. Wir wollen die Vereinsarbeit erhalten und neue Wege eröffnen, um die kulturelle Vielfalt zu bereichern. Ermuntern möchten wir junge Künstlerinnen und Künstler, ihre Arbeit öffentlich darzustellen. Wir möchten ihnen Raum im Kreishaus und an anderen öffentlichen Gebäuden im Kreis für Ausstellungen und Lesungen anbieten.

Den Freizeitwert steigern.

Ein breites Freizeitangebot ist eine wichtige Voraussetzung für einen attraktiven Kreis. Dazu gehören ausreichende Angebote zur Naherholung in Wäldern und an sauberen Badeseen. Die zur Zukunftssicherung des Phantasialandes in Brühl notwendigen Erweiterungspläne haben wir verantwortungsvoll mit den Belangen der Natur und der Wohnbevölkerung abgewogen und zu einer rechtsbeständigen Lösung geführt. Wir wollen im Rahmen der Rekultivierung der Braunkohletagebaue und der Auskiesungsflächen zusätzlichen Raum für stille und aktive Erholung schaffen.

Den Breitensport fördern.

Vereinsport ist mehr als Freizeitgestaltung. Er fördert die sportliche Betätigung und damit die Gesundheit und er ist gemeinschaftsbildend. Insbesondere die Jugendarbeit in den Sportvereinen hat darüber hinaus einen hohen sozialen und integrativen Wert, auf den die Gesellschaft nicht verzichten kann.

Die Förderung des Breitensports in den Sportvereinen ist eine wichtige öffentliche Aufgabe, insbesondere durch die Überlassung von Sportstätten und auch die Förderung von vereinseigenen Sportanlagen.

Wir unterstützen auch die Arbeit des Kreissportbundes Rhein-Erft e.V., der Dachorganisation von rund 415 Sportvereinen im Kreisgebiet. In Zusammenarbeit mit ihm wollen wir die Kooperationen zwischen Sportvereinen und Schulen, insbesondere für Ganztagschulen, ausbauen.

4. An alle Lebensphasen denken.

Wir leben immer länger, dadurch wird die Bevölkerung des Kreises immer älter. Diese erfreuliche Entwicklung stellt uns vor neue Aufgaben.

Teilnahme am aktiven Leben fördern.

Mehr noch als die übrige Bevölkerung sind unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger auf einen funktionierenden Öffentlichen Personennahverkehr angewiesen. Gerade in ihrem Interesse muss das bestehende Angebot benutzerfreundlich ausgebaut werden.

Generationenzentren in allen Städten und Gemeinden schaffen.

In allen Städten des Kreises wollen wir gemeinsam mit der dortigen Verwaltung sowie den Wohlfahrtsverbänden und anderen Trägern Generationenzentren einrichten, in denen medizinische Versorgungszentren, Pflegestützpunkte, Rentenberatung und weitere Beratungs- und Hilfsangebote unter einem Dach gebündelt werden. Durch ein überschaubares, als Wegweiser gestaltetes Merkblatt und entsprechende Internetinformationen werden die Hilfsangebote bekannt gemacht und erläutert.

Lebenslanges Lernen fördern.

Wir unterstützen Einrichtungen, die ein lebenslanges Lernen fördern, insbesondere Einrichtungen der öffentlichen Bildung, zum Beispiel die Volkshochschulen.

Zu Hause alt werden können.

Wir wollen zu Wohnformen kommen, bei denen die Menschen möglichst lange in ihrer angestammten Umgebung verbleiben können. Die Wohnungen müssen zeitgemäßen Anforderungen entsprechen und für ältere Menschen bezahlbar bleiben.

In der Zusammenarbeit mit den kommunal getragenen Wohnungsgesellschaften wollen wir in einem Pilotprojekt im Kreis den Bau von Mehrgenerationenwohnformen unterstützen, deren Bewohner/innen Gemeinschaftseinrichtungen nutzen und sich gegenseitig unterstützen. Solche Mehrgenerationenhäuser wirken dem Zerfall sozialer Bindungen, der Vereinsamung, Prozessen der Entsolidarisierung und sozialer Ausgrenzung entgegen.

Mit steigendem Durchschnittsalter der Bevölkerung wird der Anteil der pflegebedürftigen Menschen erheblich ansteigen. Durch Hilfs- und Beratungsangebote für Betroffene und ihre Angehörigen wollen wir erreichen, dass die Menschen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Hierfür sind der Erhalt und der Ausbau eines breit gefächerten Hilfsangebotes erforderlich.

Jeder Mosaikstein der modernen Altershilfe soll bedarfsgerecht und wohnortnah zur Verfügung stehen. Ambulante Pflege- und Betreuungsangebote, Tages-, Kurzzeit- und Verhinderungspflege sollen verzahnt und dem individuellen Hilfebedarf der Menschen gerecht werden. Wir wollen an allen Tagen erreichbare Pflegestützpunkte für die Menschen im Kreis.

Darüber hinaus soll der Rhein-Erft Kreis in allen Städten über ausreichend stationäre Pflegeplätze verfügen, denn niemand soll in der letzten Lebensphase seine Heimatstadt verlassen müssen. Pflegeheime sind für uns ein wichtiger Baustein in der Betreuung pflegebedürftiger Menschen, die nicht mehr in häuslicher Umgebung leben können.

Viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte haben im Rhein-Erft-Kreis ihre Heimat gefunden. Ihnen wollen wir mit gezielten Angeboten helfen, auch im Alter weiter am sozialen Leben teilnehmen zu können. Wir werden die Wohlfahrtsverbände, die sich dieser Aufgabe annehmen, besonders unterstützen.

Ein umfassendes Angebot zur Betreuung demenzkranker Mitbürgerinnen und Mitbürger schaffen.

Der Rhein-Erft-Kreis hat in den vergangenen Jahren sehr viele Einzelmaßnahmen zur Betreuung demenzkranker Mitbürgerinnen und Mitbürger auf den Weg gebracht. Wir wollen sie zu einer abgeschlossenen Konzeption zur Betreuung Demenzkranker ausbauen.

Die von der SPD mehrfach beantragte Wohnraumberatung wird endlich auf den Weg gebracht. Das niederschwellige Angebot an Selbsthilfegruppen, Demenz-Cafés und ehrenamtlichen Diensten wird flächendeckend erfasst und in Zusammenarbeit mit den Städten, den Wohlfahrtsverbänden, den Sportvereinen, den Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppierungen zu einem geschlossenen Netzwerk an Angeboten ausgebaut. Seine Bausteine greifen ineinander. Die Betroffenen und ihre Angehörigen können sich auf einer Internetplattform informieren.

Wir werden alle Akteure bei der Schulung ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer unterstützen. Dazu wollen wir eine Stiftung gründen, die entsprechende Sponsorengelder einwerben soll.

Auf Kreisebene wollen wir ein umfassendes Beratungsangebot für pflegende Angehörige schaffen. Die mobile Beratung im Kreis ist durch stationäre Beratungseinrichtungen in Kombination mit den zukünftig einzurichtenden Pflegestützpunkten zu ergänzen. Die Beratungsstellen müssen mit den kommunalen Pflegeberatern in den Städten, ebenso den ehrenamtlichen Netzwerken sowie der Wohnraumberatung zusammenarbeiten. Das Gesundheitsamt des Kreises soll gemeinsam mit den niedergelassenen Ärzten und Fachärzten sogenannte Gedächtnissprechstunden vor Ort durchführen, die Früherkennungstest und Beratung für pflegende Angehörige anbieten. Abschließend wollen wir bei den Beratungsstellen ein CASE-Management einrichten, bei dem der einzelne Erkrankte und seine Angehörigen bei der Organisation der ärztlichen und sozialen Betreuung, der Wohnraumgestaltung sowie der Regelung der rechtlichen und finanziellen Angelegenheiten, die mit der Erkrankung verbinden sind, betreut werden.

Daneben wollen wir darauf hinwirken, dass die an einzelnen Krankenhäusern entstehenden gerontopsychiatrischen Einrichtungen auch ambulante Beratung sowie die Betreuung pflegender Angehöriger anbieten.

Gemeinsam mit geeigneten Trägern wollen wir auf den Ausbau einer bedarfsdeckenden Struktur an Pflegeplätzen hinwirken. Dies gilt sowohl für das Angebot an Tagespflege- und Kurzzeitpflegeplätzen, die pflegende Angehörige entlasten sollen. Wohnungsbauunternehmen und andere potenzielle Träger wollen wir darin unterstützen, alternative Wohnformen wie betreute Wohngemeinschaften für Demenzkranke anzubieten. Gemeinsam mit den Trägern der Seniorenheime im Kreis wollen wir die Errichtung einer speziellen Einrichtung für Demenzkranke verfolgen.

Durch eine breite Öffentlichkeitsarbeit wollen wir darauf hinwirken, dass auch an Demenz erkrankte Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie ihre Angehörigen das Bewusstsein erhalten, dass Demenz eine Erkrankung ist, die uns alle treffen kann und mit der es umzugehen gilt.

Inklusion - auch außerhalb der Schulen offensiv verfolgen.

Eine wichtige Voraussetzung für Inklusion von Menschen mit Behinderung ist Barrierefreiheit. Die Defizite in den Liegenschaften des Kreises wollen wir mit Betroffenen ermitteln und sodann beseitigen. Da Barrierefreiheit sich nicht „inselgleich“ auf den direkten Zuständigkeitsbereich des Kreises beschränkt, wollen wir die Städte sowie Post und Banken ermuntern, ähnlich vorzugehen.

Darüber hinaus wollen wir den Service der Kreisverwaltung für Menschen mit Behinderung verbessern:

Blinde Mitbürgerinnen und Mitbürger sollen vor dem Versand von Bescheiden oder Verwaltungsakten telefonisch informiert werden. Für gehörlose Bürgerinnen und Bürger sollen gesonderte Sprechstunden, bei denen Dolmetscher zur Verfügung stehen, angeboten werden. Für sie werden die Servicenummern der Kreisverwaltung durch SMS- und Internetangebote ergänzt. Alle Texte und Broschüren des Rhein-Erft-Kreises und seiner Einrichtungen, wie Bekanntmachungen, Wahlaufrufe, Flyer und Informationsbroschüren, werden barrierefrei gestaltet. Eine Fachkraft des Gesundheitsamtes soll als Lotsin bzw. Lotse Menschen mit Behinderung durch das gesamte Leistungsangebot hindurchführen. Die Wegweiser in den Kreisgebäuden werden auf Behindertenfreundlichkeit überprüft: große, breite Schrift und klare, gut erklärende Piktogramme. Wir verwenden leichte Sprache.

Gut erreichbare Krankenhäuser erhalten.

Die ortsnahe Grundversorgung durch unsere Krankenhäuser müssen wir erhalten. Jede Bürgerin, jeder Bürger des Rhein-Erft-Kreises muss die Möglichkeit haben, sich in erreichbarer Nähe seines Wohnortes in einem Krankenhaus behandeln zu lassen. Spezialkliniken der umliegenden Oberzentren sollen sie nur aufsuchen müssen bei Krankheiten, zu deren Behandlung die Krankenhäuser im Kreis nicht die erforderlichen Fallzahlen für eine fachliche Spezialisierung erreichen können.

Die Krankenhäuser, die durch den Rückgang der Verweildauer und die damit rückläufige Auslastung teilweise oder ganz in ihrem Bestand gefährdet sind, wollen wir darin unterstützen, durch Spezialisierung in Teilbereichen die ortsnahe Versorgung stationär wie ambulant zu erhalten.

Mit Entschiedenheit werden wir beim Land dafür eintreten, den Krankenhäusern eine solide und planbare Basis für die Finanzierung und für notwendige Investitionen zu verschaffen.

Ehrenamt und Selbsthilfe stärken: als Chance für ein gutes Miteinander.

Förderung und Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements und der Selbsthilfe sind uns ein besonderes Anliegen - gerade in Zeiten zunehmender Individualisierung und demografischer Veränderung.

Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern mehr Möglichkeit aktiver Mitgestaltung einräumen, bürokratische Hürden weiter abbauen und die Anerkennung des Engagements weiter stärken.

Ohne den Einsatz vieler Einzelner, der Verbände, der Vereine, der Selbsthilfegruppen wären zahlreiche kommunale Leistungen nicht oder nur sehr eingeschränkt durchführbar - dies gilt für die Freiwillige Feuerwehr, die Jugendarbeit, den Sport, die Kultur, bis hin zu den sozialen Dienstleistungen und Selbsthilfegruppen.

Die Rhein-Erft SPD versteht die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Selbsthilfe als eine Chance für ein gutes Miteinander. Das ehrenamtliche Engagement darf jedoch nicht überfordert werden: Engagierte Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht zu Ausfallbürgern des Staates werden.

5. Den Kreis wieder in die Spitzenposition bringen.

Vor über 20 Jahren warb der damalige Erftkreis mit dem Slogan „Erftkreis - Nummer 1 in Europa“. Inzwischen ist die Entwicklung in eine andere Richtung gegangen. In den jährlichen Rankings der Prognos AG, welche die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaftsstruktur der Kreise und kreisfreien Städte bewertet, fällt der Rhein-Erft-Kreis von Mal zu Mal zurück. Rangierte er im Jahre 2010 noch auf Platz 150 der zukunftssträchtigen Regionen, so ist er im Jahre 2013 - binnen drei Jahren - auf Platz 166 zurückgefallen.

Diesen Negativtrend wollen wir stoppen. Der Rhein-Erft-Kreis darf nicht nur „Schlafstadt“ sein. Attraktive und hochwertige Arbeitsplätze müssen gesichert und neu geschaffen werden, so dass es auch zu zusätzlichen Steuererträgen kommt. Schritt für Schritt wollen wir unseren Kreis wieder in die Spitzengruppe zurückführen und den Platz 1 zurück erobern.

Das Chaos in der Energiewende beenden.

Die Energiewende ist notwendig, das ist Konsens aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte. So wie sie jedoch von der früheren schwarz-gelben Bundesregierung eingeleitet wurde, führt sie in eine Katastrophe. Von den Stromkunden werden steigende Beträge für die Förderung regenerativer Energien aufgebracht. Energieintensive Unternehmen, die nach objektiven Maßstäben ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren würden, müssen von der Zahlung

ausgenommen werden, da ansonsten ihre Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten gefährdet ist. Gleichzeitig entsteht ein Überangebot an Strom zu bestimmten Zeiten, das zu einem Preisverfall an der Strombörse führt. Versorgungssicherheit entsteht dadurch nicht, da der Strom aus regenerativen Energien nicht rund um die Uhr und zu jeder Jahreszeit zur Verfügung steht. Die Lücken müssen durch Strom aus Braunkohle ausgefüllt werden, dessen Wirtschaftlichkeit jedoch durch die gesunkenen Preise gefährdet ist.

Aufgabe der Großen Koalition, hier des durch Sigmar Gabriel geführten Wirtschaftsministeriums, ist es, Ordnung in dieses Chaos zu bringen und die Stromerzeugung wieder versorgungssicher, bezahlbar und sozialverträglich zu gestalten. Unsere heimische Braunkohle behält seinen Platz im Energiekonzert, bis Strom aus regenerativen Energien mit neuen Technologien, geeigneten Speichertechniken und bedarfsgerechten Transportnetzen zu jeder Zeit am richtigen Ort zur Verfügung steht. Hier besteht noch großer Handlungsbedarf. Wir können und wollen Beiträge leisten.

Den Strukturwandel vorausschauend gestalten.

Aus unserer heutigen Sicht sind die Verbrennung von Braunkohle und die Umsetzung in elektrische Energie zeitlich befristet. Niemand kennt die genaue Dauer des Zeitraums, jedoch gilt es, sich auf das Ende der Verstromung der Braunkohle vorzubereiten. Die rot-grüne Landesregierung hat die Innovationsregion Rheinisches Revier angestoßen, die von allen politischen und wirtschaftlichen Akteuren im Revier getragen wird. Mit und nach der Braunkohle sollen zukunftssträchtige Projekte auf den Weg gebracht werden.

Kraftwerkslandschaft umbauen.

Wir stehen zum vereinbarten Ersatz der bisherigen Braunkohlekraftwerke durch neue, flexiblere und umweltschonendere Kraftwerke mit höherem Wirkungsgrad. Gleichzeitig unterstützen wir die Nutzung der Abwärme der Kraftwerke und den Aufbau einer Industrieproduktion auf der Grundlage des CO₂-Ausstoßes.

Virtuelles Kraftwerk und Batteriepark zur Bereitstellung gesicherter Leistung im Rhein-Erft-Kreis aufbauen.

Weil die Energiewende nachhaltig sein soll, wird sie die erneuerbaren Energien weg von der derzeitigen Subventionierung in einen an der Nachfrage orientierten Markt überführen. Eine dauernde, rund um die Uhr sichere Versorgung können erneuerbare Energien jedoch nur gewährleisten, wenn sie durch flexible fossile Energieträger oder durch entsprechende Speicher unterstützt werden.

Der Rhein-Erft-Kreis bietet hervorragende Voraussetzungen für den Probelauf eines derartigen Systems. Mit der Braunkohle verfügt er über einen klassischen fossilen Energieträger, dessen Bereitstellung von Strom durch die neuen, modernen Kraftwerke weg von der bisherigen Grundlastversorgung zunehmend flexibler wird. Die Städte bauen ihre Windkraftpotenziale aus. An öffentlichen und privaten Gebäuden sowie anderen Standorten entstehen zahlreiche Photovoltaikanlagen, deren Stromerzeugung über den Eigenbedarf hinausgeht.

Gemeinsam mit Stadtwerken und Energieversorgern im Kreis wollen wir einen Probelauf für ein Virtuelles Kraftwerk und Batteriapark starten, das sich überwiegend auf erneuerbare Energien stützt, die Rundumversorgung durch Batteriespeicher und in letzter Linie durch Strom aus den Braunkohlekraftwerken sicherstellt. Entwicklungsfähige Batteriesysteme sowie intelligente Steuerungstechniken existieren derzeit bereits, sie müssen nur zu einem virtuellen Batteriekraftwerk verknüpft werden. Mit Hilfe von Fördermitteln des Bundes und des Landes wollen wir ein solches System als Modellprojekt und Beispiel für andere Regionen aufbauen.

Die Zukunft der Braunkohle sichern: als Grundstoff für die chemische Industrie.

Die Menschen in der Region, die Beschäftigten in den Braunkohlekraftwerken, in den Veredlungsanlagen und in den Tagebauen sowie des Unternehmens *RWE Generation se* brauchen Sicherheit und eine belastbare Zukunftsperspektive. Dabei liegt die Zukunft der Braunkohle und der Energieversorgung nicht am Festhalten an der Verbrennung von Braunkohle zur Stromerzeugung um jeden Preis.

Braunkohle ist zu schade, sie nur in Kraftwerken zu verbrennen. Im Zeichen des weltweiten Kampfes der Rohstoffsicherung und der zunehmenden Knappheit des Rohöls mit den entsprechenden Preisrisiken treten wir dafür ein, Braunkohle langfristig als Grundstoff für die chemische Industrie zu sichern.

Jährlich werden in Deutschland 8,6 Mio. t Olefine (Ethylen und Propylen) erzeugt. Dazu ist ein Rohöleinsatz von 16 Mio. t pro Jahr erforderlich. Diesen durch Braunkohle zu ersetzen, erfordert 71 Mio. Jahrestonnen. Die drei aktiven Tagebaue in unserer Region fördern derzeit rund 100 Mio. Jahrestonnen. Wenn wir mit der stofflichen Nutzung die Kohle wahrlich „aus dem Feuer holen“ können wir

- mit dem in Chemieerzeugnissen gebunden Kohlenstoff einen Beitrag zum Klimaschutz leisten
- die internationale Abhängigkeit von Rohöl und Gas reduzieren
- durch das Lastmanagement den Umstieg auf erneuerbare Energien unterstützen
- die Tagebaue nach der Braunkohleplanung plangemäß abschließen.

Bereits in der Vergangenheit wurde auch in unserer Region die Kohlevergasung als alternative Kraftwerkstechnik erprobt. Sie erwies sich als technisch machbar, wurde jedoch - zunächst - aus Kostengründen zurückgestellt. Bei zunehmender Knappheit auf den Rohstoffmärkten kann sich das Preisgefüge dramatisch ändern. Wir plädieren dafür, diese Chance für die Region zu nutzen und bereits in naher Zukunft erste Wege zu gehen.

Zudem sollten die Kompetenzen im Bereich Bioökonomie, wie wir sie am Forschungszentrum Jülich haben, genutzt werden, um auch den künftigen Einsatz von Energiepflanzen für Plattformchemikalien zu ermöglichen. Hierzu wollen wir das Projekt Terra Nova Science weiterverfolgen.

Mit Gründeroffensive Technologietransfer in unseren Kreis lenken.

Den Weg zum notwendigen Strukturwandel wollen wir mit den vorhandenen - alten - Unternehmen gehen. Hier ist wirtschaftliches Potenzial und technisches Wissen vorhanden. Sie verfügen über eine geschulte Arbeitnehmerschaft, die sich auf neue Produktionsformen umstellen kann.

Neue, bahnbrechende Ideen entstehen jedoch häufig in kleineren, von einem oder wenigen Personen gegründeten Unternehmen, die risikofreudiger und beweglicher agieren.

Wir haben im Kreistag eine Gründeroffensive angestoßen, welche die Gründung neuer Unternehmen durch die organisatorische Betreuung in der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises, durch das Angebot geeigneter Räumlichkeiten sowie durch Beratung und Unterstützung bei Finanzierungsfragen begleiten soll. Mit diesem organisatorischen Rahmen wollen wir den Technologietransfer in unseren Kreis lenken und die wirtschaftliche Umsetzung erleichtern.

Innovationen in unserem Kreis zur Marktreife entwickeln.

Im Umfeld des Rhein-Erft-Kreises existiert mit den Universitäten Köln, Bonn und der RWTH Aachen, dem Forschungszentrum Jülich und den neu entstandenen Fachhochschulen die höchste Dichte an Hochschul- und Forschungseinrichtungen in Europa. Diese Einrichtungen sind jedoch nicht ausschließlich auf die Region hin orientiert.

In Zusammenarbeit mit bestehenden Einrichtungen im Kreis wollen wir Forschungszentren anstoßen, die technologische Innovationen in unseren Kreis lenken und zur Marktreife entwickeln. Dazu sind Kooperationsabkommen mit den Hochschulen auf der einen und den Trägerunternehmen und -einrichtungen im Kreis auf der anderen Seite erforderlich. Diese Kooperationen wollen wir organisieren und begleiten.

Gemeinsam mit den Hochschulen wollen wir Wissenschaftler, die ihr Grundlagenwissen in einem für wirtschaftliche Neu-entwicklungen aufgeschlossenen Umfeld in die Praxis umsetzen wollen, dazu bewegen, den Rhein-Erft-Kreis als Standort zu wählen. Gemeinsam mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, den Niederlassungen der Kammern und Verbände im Kreis sowie den Städten wollen wir ihnen dazu die erforderlichen Rahmenbedingungen bieten.

Masterplan für die digitale Transformation im Kreis aufstellen.

Wirtschaft und Gesellschaft stehen vor der Anpassung an die Rahmenbedingungen des digitalen Zeitalters - der Strukturwandel 2.0. Das Internet führt zu einer Neuausrichtung und Um-gestaltung der gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur. Dieser Herausforderung wird sich der durch industrielle und mittelständische Unternehmen geprägte Rhein-Erft-Kreis stellen. Wir wollen, dass er Motor uns Gestalter dieser Umstrukturierung wird.

Folgende Entwicklungen sind für uns maßgebend:

- Siegeszug der sozialen Netzwerke

Die sozialen Netzwerke sind nicht nur Plattformen der Kommunikation, sie verändern auch den Dialog zwischen Anbietern und Nachfragern in der Wirtschaft. Weg von einseitiger hierarchischer Informationsvermittlung ermöglichen sie die schnelle Übermittlung von Kundenwünschen und die Anpassung an diese.

- Mobiles Internet

Smartphones mit Internetzugang verstärken den Trend zur Zukunft auf Information des eigenen sozialen Netzwerks und damit der Verschiebung der Marktmacht hin zur Nachfrageseite.

- Industrie 4.0 - vierte industrielle Revolution

Nach der Anpassung der Produktionsprozesse an die moderne Informationstechnik, die dritte, sogenannte digitale Revolution, befinden wir uns nunmehr in der vierten industriellen Revolution - Industrie 4.0 -, die die Vernetzung automatisierter und sich selbst-ständig steuernder und an die Erfordernisse der Produktion anpassender Maschinen beinhaltet. Neben dem Transfer des notwendigen Know-hows ist hierzu erforderlich der Ausbau der mobilen Breitbandinfrastruktur. Diesen müssen wir vor Ort forcieren.

Folgende Stoßrichtungen verfolgen wir:

- Aufklärung und Weiterbildung über den rationalen und aufgeklärten Umgang mit sozialen Netzwerken, insbesondere unter Datenschutzgesichtspunkten.

- Entwicklung von Lösungskonzepten für das Vermitteln von Kompetenz für soziale Medien und Ausrichtung auf die Chancen unter Vermeidung der Risiken
- Fördern einer Kultur der Zustimmung und Begeisterung für die digitalen Trends in Medien, Bildung, Politik und Wirtschaft
- Aufstellung eines Masterplans „beschleunigter Strukturwandel 2.0, digitaler Rhein-Erft-Kreis 2020“ mit den Schwerpunkten sozial, mobil und Industrie 4.0, der sich an den kommunalen Strukturen und den Stärken der einheimischen Wirtschaft und des Rheinischen Reviers ausrichtet
- Förderung und Unterstützung digitaler Start-Ups, die sich an den Anpassungsnotwendigkeiten der bestehenden Wirtschaftsstruktur ausrichten
- Herausbildung regionaler Cluster in Verbindung mit einem Innovationszentrum im Rhein-Erft-Kreis für das Rheinische Revier mit Orientierung an innovativen Branchen oder Stufen der Wertschöpfungskette.

Den Mittelstand stärken.

Die vorhandenen Klein- und Mittelbetriebe wollen wir bei dem beschleunigten Strukturwandel besonders unterstützen.

Der Rhein-Erft-Kreis ist der Initiative „Mittelstandsfreundliche Verwaltung“ beigetreten. Da dieses Zertifikat inzwischen vielen Verwaltungen verliehen wird, wollen wir die Ausgestaltung des Zertifizierungsprozesses zu einem echten Wettbewerb zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften anstoßen.

Dazu gehört auch die Bewältigung des demografischen Wandels. Insbesondere kleinen und mittleren Betrieben fehlen oft Ressourcen und Know-How, um die Arbeitsbedingungen altersgerecht zu gestalten und die Bindung qualifizierter Fachkräfte zu stärken.

Ausschreibungen für öffentliche Aufträge sollen so zugeschnitten werden, dass sich auch kleinere und mittlere einheimische Betriebe bewerben können.

Das Europäische Parlament hat kürzlich die bisher sehr bürokratischen Regulierungen für die Ausschreibung öffentlicher Aufträge gelockert. Wir wollen diesen Spielraum nutzen, öffentliche Aufträge stärker an einheimische Betriebe zu vergeben.

Für neue Wirtschaft mit Augenmaß neu entwickeln.

Unternehmen brauchen zur Ansiedlung geeignete Flächen. Dabei denken wir nicht an die uferlose Inanspruchnahme des Freiraums zur Industrie- und Gewerbeansiedlung. Nicht mehr genutzte Flächen müssen dem Freiraum zurückgegeben werden. Strukturwandel ist jedoch nicht immer nahtlos durch Übergang von Alt zu Neu auf derselben Fläche zu bewerkstelligen.

Nach einer von der Industrie- und Handelskammer durchgeführten Flächenbilanzierung hat der Rhein-Erft-Kreis einen Überhang an Industrie- und Gewerbeflächen. Dieses Bild trägt jedoch. Die Flächen sind nicht immer verfügbar, sind oft zu kleinteilig oder von ihrer räumlichen Lage her nicht geeignet. Innerhalb der Ortslagen muss es immer ein Angebot an kleineren Flächen geben, um Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe orts- und kundennah ansiedeln zu können. Größere Flächen sind jedoch nur noch durch Zusammenlegung oder Flächentausch möglich.

Attraktive Flächen für bedeutsame Projekte werden in absehbarer Zeit nicht mehr in jeder Stadt des Kreises zur Verfügung stehen. Zusammenarbeit bei der Planung, Entwicklung und Vermarktung von Flächen ist daher das Gebot der Stunde. Hierzu sind geeignete Organisationsformen zu schaffen und der Ausgleich der Vor- und Nachteile zu regeln. Mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises wollen wir diese Prozesse anstoßen und moderieren.

Strukturwandel für die Menschen gestalten.

Wirtschaftsförderung betreiben wir nicht für die Wirtschaft, sondern für die Menschen im Kreis, die durch die Arbeit Lebensunterhalt und Lebenserfüllung finden sollen. Alle, die arbeiten, sollen davon auch leben und sich in ihrer Arbeit wiedererkennen können.

Mit Unterstützung der Arbeitsagentur wollen wir feststellen, auf welchen Berufsfeldern Mangel an geeigneten Fachkräften besteht oder droht. Durch Unterstützung der Berufskollegs und der regionalen Hochschulen wollen wir einem möglichen Mangel an Fachkräften begegnen.

Dabei wollen wir auch die Menschen berücksichtigen, die auf dem Arbeitsmarkt nur eingeschränkte Chancen haben und nach dem SGB II unterstützt werden. Wir werden darauf hinwirken, dass die entsprechenden Programme des Bundes, des Landes sowie die Möglichkeiten kommunaler Träger stärker ausgeschöpft werden, um diesen Menschen eine Perspektive zu geben.

Die Stärken der Region für die Zukunft nutzen.

Die historisch gewachsenen Stärken unserer Region müssen wir für die Anforderungen der Zukunft umgestalten. Dabei werden wir auf Vorhandenem aufbauen und Schritt für Schritt neue Felder erschließen und damit zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen. Dies schulden wir den Menschen im Rhein-Erft-Kreis. So gelingt es uns, unseren Kreis in die Spitzengruppe vergleichbarer Kreise zurückzuführen.

Die Anschubfinanzierung neuer Felder werden wir unterstützen, wenn sie eine wirklichkeitsnahe Perspektive und einen breiten Nutzen für die Allgemeinheit bieten. Wir werden die Ergebnisse verfolgen und sorgfältig darauf achten, dass Anschubfinanzierungen nicht zu einer Dauersubvention ausarten.

6. Mit dem „Bündnis für Wohnen“ bezahlbare Wohnungen sichern.

Der Rhein-Erft-Kreis ist für die Menschen attraktiv. Deshalb werden in den nächsten Jahren entgegen dem allgemeinen Trend immer mehr Menschen in unserer Region wohnen.

Deswegen wollen wir:

- guten und bezahlbaren Wohnraum sichern und bedarfsgerecht neu schaffen
- den Gebäudebestand an die Anforderungen des demografischen Wandels wie an die Anforderungen des Klimaschutzes anpassen
- die Wohnviertel aufwerten und die wachsende soziale Spaltung in den Städten stoppen
- alten Menschen und Menschen mit Behinderung das Wohnen in ihrem Viertel durch barrierefreie Wohnungen zu ermöglichen.

Um diese Ziele zu erreichen, streben wir in Zusammenarbeit mit der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft an, ein „Bündnis für Wohnen - bezahlbar, generationsgerecht, energieeffizient“ zu gründen.

7. Infrastruktur modernisieren: für die Menschen im Kreis.

Der Rhein-Erft-Kreis liegt mitten in einer Wachstumsregion. Bevölkerung und Wirtschaftskraft nehmen zu. Die Menschen werden immer mobiler und immer mehr Güter müssen befördert werden. Deshalb müssen wir im Rhein-Erft-Kreis dafür sorgen, dass die Infrastruktur für den öffentlichen Personenverkehr mit Bus und Bahn, den Individualverkehr mit Auto und Fahrrad sowie den Güterverkehr auf Schiene, Rhein und Straße den wachsenden Mobilitätsbedürfnissen gerecht wird.

Mobilität ist ein Element der Lebensqualität und eröffnet mehr Möglichkeiten, sich frei bewegen zu können. Gleichzeitig beeinträchtigen die Auswirkungen des Verkehrs die Menschen und die Umwelt. Unsere Mobilitätspolitik dient dem Ziel, allen, den Menschen wie den Wirtschaftsunternehmen in unserem Kreis, mehr Mobilität zu ermöglichen, ohne die Umwelt und Lebensqualität in den Städten zu ruinieren. Dabei gilt es, eine integrierte Verkehrspolitik zu betreiben, also verkehrsträgerübergreifend zu handeln.

Unsere Infrastrukturpolitik dient zugleich der Wirtschaftsförderung. Deshalb unterstützen wir den Ausbau des Godorfer Hafens durch die Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK).

Internet für alle: Breitbandverkabelung ausbauen.

Infrastruktur ist heute nicht nur Straße und Schiene sondern in zunehmendem Maße auch ein schnelles Internet. In vielen Unternehmen entscheidet auch die Leistungsfähigkeit der Datenleitungen über den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Wir unterstützen deshalb alle Maßnahmen zum Ausbau der Breitbandverkabelung im Rhein-Erft-Kreis. Übertragungsgeschwindigkeiten von mindestens 50 Mbit/s müssen überall im Rhein-Erft-Kreis zur Verfügung stehen. Dafür setzen wir uns ein.

Straßen und Radwege instand halten und ausbauen.

Seit Jahren investiert der Rhein-Erft-Kreis zu wenig in den Erhalt und den Ausbau seiner Straßen und Radwege. Dies führt unweigerlich zu einem Qualitäts- und Wertverlust des Straßennetzes. Das wollen wir ändern. Wir wollen mehr Geld in die Instandhaltung der Straßen, Brücken und besonders der Radwege investieren. Außerdem werden wir wichtige Straßen- und Radwegebauprojekte, die in der Zuständigkeit des Kreises liegen, endlich angehen. Gemeinsam mit Verkehrspolitikern aus Land und Bund arbeiten wir daran, wichtige Straßenbauprojekte im Kreis, wie die Ortsumgehungen für Hürth-Hermülheim und Pulheim-Brauweiler/Bergheim-Glessen, umzusetzen. Wir wollen die Entscheidung, welche Straße oder welcher Radweg modernisiert oder gebaut werden soll, systematisieren - mit einem „Kreisstraßen- und Brückenatlas“. Dabei hat der Erhalt von Infrastruktur für uns Vorrang vor dem Neubau. Beim Radverkehr wollen wir insbesondere die Alltagsverkehre innerorts und zu den Bahnhöfen verbessern. Ein weiterer Schritt ist eine Radschnellwegverbindung zwischen Frechen und Köln. Mit einer einheitlichen Beschilderung wollen wir den Radverkehr auch für Gelegenheitsfahrer attraktiver machen. Bahnhöfe und große ÖPNV-Verknüpfungspunkte wollen wir zu Mobilitätszentralen ausbauen. Mit Radstationen sowie Angeboten von Leihfahrrädern und Car-Sharing. Mitfahrgelegenheiten, Bürgerbusse, Rufbusse und AST gehören ebenfalls zu den Mobilitätsdienstleistungen, die wir unterstützen.

Elektromobilität: eine Wertschöpfungskette im Kreis schaffen.

Die Elektromobilität im Rhein-Erft-Kreis soll zu einer eigenen Wertschöpfungskette im Rhein-Erft-Kreis werden. Wir wollen Projekte unterstützen, mit denen industrielle Kompetenz für die Entwicklung der elektrisch unterstützten Nahmobilität unter Einsatz sauberer erneuerbarer Energie, wie Elektrobusse, Pedelecs und Car-Sharing mit E-Cars, und ihren Einsatz vorangetrieben werden.

Die ÖPNV-Infrastruktur optimieren.

Das gut ausgebaute ÖPNV-Netz im Kreis muss erhalten und das ÖPNV-Angebot vor allem in den Abendstunden und am Wochenende muss optimiert werden. Schnellbuslinien, die nur in den Stadtzentren halten und kleinere Orte links liegen lassen, lehnen wir ab. Wir fordern ein Konzept, das die Verbindungen von und zu Orten mit größerer Zentralität optimiert. Der neu aufzustellende Nahverkehrsplan muss einen Weg aufzeigen, wie wir die Barrierefreiheit für Rollstuhlfahrer, für Menschen mit dem Kinderwagen oder mit dem Rollator, in den nächsten Jahren schrittweise erreichen.

Die laufende Diskussion über die zukünftige Organisation des ÖPNV im Rhein-Erft-Kreis darf nicht dazu führen, dass einheimische Unternehmen verdrängt und durch ortsfremde Anbieter ersetzt werden, bei denen die Servicequalität für die Kunden in den Hintergrund gerät.

Wir unterstützen die Einführung neuer umweltfreundlicher Antriebstechnologien für Busse, wie die durch den Einsatz von Wasserstoff als Energieträger in Kooperation mit der Initiative HyCologne aus Hürth. Zwei mit Wasserstoff betriebene Busse fahren bereits im ÖPNV-Netz im Kreis, zwei weitere werden in 2014 hinzukommen.

Das S-Bahn-Konzept - es trägt unsere Handschrift - umsetzen.

Die Rhein-Erft SPD hat 2010 ein S-Bahn-Konzept für den Rhein-Erft-Kreis entwickelt. Darin enthalten ist die Einrichtung einer „Erft-S-Bahn“ zwischen Köln-Hauptbahnhof und Bedburg mit Anschlüssen in Horrem und Bergheim, ebenso der Ausbau der Bahnlinien nach Pulheim, Kerpen, Brühl, Hürth und Erftstadt nach S-Bahn-Standard mit besseren Taktzeiten und einer besseren Qualität. Der Zweckverband Nahverkehr Rheinland hat es fast vollständig in seine Planungen übernommen. Wir werden auf die Umsetzung hinwirken.

Hartnäckig sind wir auch beim Thema Bahnsteigverbreiterung in Kerpen-Sindorf. Hier zeichnet sich nach dem von uns initiierten „1. S-Bahn-Gipfel im Rhein-Erft-Kreis“ endlich Bewegung ab. NRW-Verkehrsminister Michael Groschek hat zu einem runden Tisch eingeladen.

Außerdem wollen wir die Rahmenbedingungen für Pendler durch den Ausbau von Park-& Ride-Plätzen, beispielhaft in Hürth-Kiebitzweg oder in Köln-Weiden-West, verbessern.

Knotenpunkte mit Echtzeit-Anzeigen ausrüsten.

Auf unsere Initiative hin werden nach und nach die wichtigen Verkehrsknotenpunkte für den ÖPNV im Kreis mit Echtzeit-Digitalanzeigen (DFI-Anlagen) ausgerüstet. Dadurch werden Bus- und Bahn-Nutzer künftig noch besser über ihre Bus- und Bahnverbindungen informiert.

Sozialticket eingeführt.

Das von der SPD bereits 2009 geforderte Sozialticket wurde dank der SPD-geführten Landesregierung inzwischen Realität. Das ist ein wichtiger Schritt, um Mobilität für alle Menschen im Rhein-Erft-Kreis zu bezahlbaren Preisen zu ermöglichen.

Verkehrsentwicklungs- und Klimaschutzplan aufstellen.

Die Planung von Bus- und Bahnverbindungen, von Radwegen und Straßen sowie von neuen Wohn- und Gewerbeflächen muss stärker mit dem Klimaschutz verzahnt und aufeinander abgestimmt werden - in einem neuen Verkehrsentwicklungs- und Klimaschutzplan für den Rhein-Erft-Kreis.

8. Für solide Finanzen sorgen. Wirtschaftlich handeln.

Der Rhein-Erft-Kreis ist nicht „schuldenfrei“. Denn der Kreis hat Dauerschulden. Im Bericht zur jüngsten Prüfung des Kreises durch die Gemeindeprüfungsanstalt werden sie mit rund 188 Millionen Euro beziffert. Der Kreis hat Pensionsverpflichtungen und er muss Ratenzahlungsverpflichtungen bedienen, um zum Beispiel mehrere Schulgebäude des Kreises nutzen zu können; sie gehören dem Kreis nämlich nicht. Die angebliche Schuldenfreiheit ist auch kein Zeichen wirtschaftlicher Stärke des Kreises, denn die Raten für die Dauerschulden müssen von den Städten über die Kreisumlage aus den Steuerzahlungen der Bürger bezahlt werden. Immer dann, wenn es zur Erhaltung der behaupteten Schuldenfreiheit des Kreises notwendig scheint, bedienen sich Kreisverwaltung und die bisherigen Mehrheitsfraktionen über die Kreisumlage in den städtischen Haushalten.

Ungeplante Mehrerträge werden dagegen von ihnen einbehalten, und die Städte werden schroff beschieden, sie könnten ja eh nicht ordentlich wirtschaften. Damit machen wir Schluss. Wir werden die Städte entlasten.

Solide Finanzen - wirtschaftlich und sparsam handeln.

Solide Haushalts- und Finanzpolitik ist das Ergebnis guten wirtschaftlichen und sparsamen Handelns. Dafür stehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch in unserer Kreispolitik ein.

Am Anfang steht für uns die Aufgabenkritik. In der Zusammenarbeit mit den Städten im Kreis wollen wir sie als ständige Aufgabe ausgestalten. Diesen beiden strategischen Fragestellungen werden wir konsequent und regelmäßig nachgehen: Tun wir die richtigen Dinge? - Tun wir die Dinge richtig? Wir sind zu ehrlichen Antworten bereit.

Deshalb werden wir auf die teuren und von den Städten sogar mit Kassenkrediten zu finanzierenden „Spielwiesen“ verzichten, auf denen sich die Mehrheitsfraktionen tummeln: So unterstützt der Kreis eine private Fachhochschule mit insgesamt 2 Mio. Euro, verteilt auf mehrere Jahre - ohne Wirkungskontrolle und ohne Ausstiegsmöglichkeit für den Kreis bei Mislingen des Projekts. Hinterfragt werden muss auch die Finanzierung des Hochbegabtenzentrums Rhein-Erft, das zu einem großen Teil außerhalb des Kreises aktiv ist und bei weitem nicht die Drittmittel einwirbt, die ursprünglich vorgesehen waren. Auf den Prüfstand gehört auch die Förderung des Tourismus, die als Anschubfinanzierung geplant war und nun eine Dauersubvention ist. Auch beim Energie-Kompetenz-Zentrum, das jährlich kommunale Steuereinnahmen von mehreren Hunderttausend Euro benötigt, muss den Fragen nach Zielen und Kunden, nach Aufwand und Ertrag nachgegangen werden.

Die Aufgabenkritik werden wir in messbare Ziele einmünden lassen.

Solide Finanzpolitik heißt auch, das für die Aufgabenerfüllung notwendige Vermögen des Kreises zu sichern, es funktionsgerecht zu erhalten, es instand zu setzen und bei Bedarf neu zu schaffen, wie für das Berufskolleg in Bergheim. Das Wie der Finanzierung ist für uns allein von der Frage abhängig, welcher Weg der wirtschaftlichste ist.

Zusammenarbeit mit den Städten im Kreis ausbauen.

Nach der kommunalen Finanzierungssystematik sitzen Kreis und Städte „in einem Boot“. Die wirtschaftliche Vernunft gebietet es, die partnerschaftliche Zusammenarbeit zu suchen und auszubauen, um wirtschaftliche Vorteile sowohl für den Kreis wie für die Städte zu erzielen. Nach unserem Verständnis soll die Zusammenarbeit über die klassischen Verwaltungsleistungen hinausreichen und auch dann verfolgt werden, wenn sie sich nur für den Kreis und einzelne Städte anbietet. Ein Beispiel: Schulgebäude von Kreis und Stadt liegen benachbart.

Handlungsbedarfe für die Energieversorgung stellen sich für Kreis und die Stadt. Über die Zusammenarbeit, etwa über eine gemeinsame Heizzentrale oder ein gemeinsam betriebenes Heizsystem, können sich Kostenvorteile für beide Seiten ergeben.

Wir wollen auch den „Zankapfel“ Kreisumlage beseitigen. Mit ihr greift die bisherige Kreistagsmehrheit in einem nicht mehr hinnehmbaren Ausmaß in die Kassen der Städte, um Steuereinnahmen und Finanzaufweisungen des Landes an die Städte abzuschöpfen.

Das kommunale Finanzierungssystem begünstigt den Kreis. Steigen die kommunalen Steuereinnahmen, entsteht beim Kreis ein Mitnahmeeffekt: Auch ohne Anhebung des Umlagesatzes erhält er höhere Kreisumlage-Zahlungen. Richtet der Kreis seine Ausgaben darauf ein, fehlen ihm dann die Mittel, wenn bei wirtschaftlichem Rückgang die Steuereinnahmen sinken. Die Anhebung des Umlagesatzes der Kreisumlage ist dann oft die Antwort. Eine ehrliche Aufgabenkritik, messbare Ziele und wirtschaftliches Handeln bilden für uns die Grundlage für eine objektive Ermittlung des Finanzbedarfs zu Lasten der Städte - ohne dass sich für den Kreis der Mitnahmeeffekt einstellt.

Wirtschaftliche Betätigung des Kreises ja, sie aber richtig machen.

„Mogelpackungen“ sind auch die in der GmbH-Rechtsform, also in einer Rechtsform des privaten Wirtschaftsrechts betriebenen Kreiseinrichtungen, wie das Hochbegabtenzentrum, das Energie-Kompetenz-Zentrum und die Wirtschaftsförderung. Sie betätigen sich nicht am Markt als Wirtschaftsunternehmen, erzielen keine Gewinne, sondern Verluste und sie führen auch nicht zu steuerlichen Vorteilen. Wir haben damit gute Gründe, die Rechtsform infrage zu stellen und nach der Aufgabenkritik den organisatorisch angemessenen Mantel für die Aufgaben, die von den Einrichtungen erfüllt werden sollen, festzulegen.

Wir stellen uns eine wirtschaftliche Betätigung des Kreises vor, die zur Entlastung des Kreishaushalts führt. Das soll vor allem ein Engagement auf dem weiten Feld der Energieversorgung sein. Wir wollen sowohl Aufwendungen einsparen als auch zusätzliche Erträge erzielen, wie beim bereits angeführten Beispiel der Zusammenarbeit mit Städten für die Energieversorgung von Schulgebäuden. Ein weiteres Beispiel kann die Neugründung von Betrieben gemeinsam mit privaten Wirtschaftsunternehmen im Kreis sein, die über die Erzeugung regenerativer Energie, zum Beispiel mittels Windkraft, einen Beitrag zur Energiewende leisten. Das stünde dem Energiekreis Rhein-Erft gut zu Gesicht.

Das Energie-Kompetenz-Zentrum wollen wir in der Partnerschaft mit Energieversorgern und Energiedienstleistern zu einem Unternehmen ausbauen, das zur Wertschöpfung für die Kunden führt und zugleich dem Kreis wirtschaftliche Vorteile verschafft.

Kunden sollen Bürgerinnen und Bürger, freiberufliche Architekten und Architektinnen, Wohnungsunternehmen sowie andere Wirtschaftsunternehmen und öffentliche Einrichtungen sein, die kompetente Energieberatung und Fortbildung für ihre Beschäftigten sowie Dienstleistungen auf dem Feld der energetischen Optimierung von Gebäuden und Energieeinsparung benötigen.

Für eine bürgerfreundliche, effiziente Verwaltung sorgen.

Den Schulterschluss mit den kreisangehörigen Städten suchen wir auch für die Modernisierung der Kreisverwaltung. Wir wollen ihre bürger- und wirtschaftsnahe Modernisierung durch mehr Ortsnähe. Sie kann dadurch erreicht werden, dass vermehrt Dienstleistungen des Kreises auch in den Rathäusern erbracht werden. Wir wollen das E-Government-Angebot ausbauen, damit die Einwohnerinnen und Einwohner und die Wirtschaft bequem online Dienstleistungen und Datenbestände der Kreisverwaltung nutzen können und die Verwaltungsabläufe kostengünstiger auf eine elektronisch unterstützte Vorgangsbearbeitung umgestellt werden.

Der technische Fortschritt insbesondere durch das Internet ermöglicht neue Kommunikations- und Interaktionswege. Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft sollen Informationen der Behörden „rund um die Uhr“ erhalten können und zusätzliche Kommunikationsmöglichkeiten bekommen. Das hat für beide Seiten Vorteile: Oft zeitaufwändige Wege entfallen. Gleichzeitig werden in der Verwaltung viele Abläufe vereinfacht und oft automatisiert - und dadurch kostengünstiger. Zugleich wird die Transparenz der Verwaltung erhöht, da einzelne Bearbeitungsschritte oder Informationswege für den Bürger besser erkennbar werden.

Daten als Rohstoff für neue Dienstleistungen nutzen: Open-Data-Rhein-Erft starten.

Wir setzen uns für die Zugänglichkeit von Datenbeständen der Kreisverwaltung ein, die im Interesse der Allgemeinheit ohne jedwede Einschränkung zur freien Nutzung, zur Weiterverbreitung und zur freien Weiterverwendung frei zugänglich gemacht werden können ("Open Data"). Die Interessen des Datenschutzes müssen jeweils sorgfältig abgeprüft sein. Offene Daten bieten eine Reihe von Chancen: Die öffentliche Verwaltung wird transparenter, sie gewinnt an Image und Akzeptanz bei den Bürgern. Unternehmen, Wissenschaft und zivilgesellschaftliche Organisation können die Daten weiterverarbeiten und nutzen. Bürgerinnen und Bürger erhalten Zugang zu relevanten Daten als Grundlage der politischen Mitwirkung. Open Data ist zugleich ein Beitrag zur Wirtschaftsförderung. Wenn die Fachinformationen öffentlich bereitstehen und nutzbar sind, können neue Anwendungen, Dienstleistungen mit Mehrwert und neue Geschäftsmodelle entstehen.

Aktive Bürgerbeteiligung ermöglichen.

Die SPD im Rhein-Erft-Kreis will eine aktive Bürgerbeteiligung bei den kommunalen Entscheidungen. Wir begrüßen Bürgerwerkstätten, Planungszellen sowie Bürgerbegehren und Bürgerentscheide.

Als Partei nehmen wir die Herausforderung an, das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern für Einzelprojekte positiv aufzunehmen und für eine dauerhafte und breite politische Arbeit in unserer Partei zu werben.

Wir wollen die Bürgerbeteiligung im Rhein-Erft-Kreis stärken.

Qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fördern.

Eine gute Verwaltung braucht engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die wichtigsten Ressourcen der Kreisverwaltung bleiben deshalb ihre Beschäftigten. In unserer Arbeit für eine modernere Kreisverwaltung setzen wir auf die Leistungsbereitschaft und das Leistungsvermögen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Gute öffentliche Daseinsvorsorge mit hoher Qualität und zu bezahlbaren Preisen ist ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen und Beschäftigte und ist im regionalen und internationalen Standortwettbewerb von Bedeutung.

Gute Arbeit hat ihren Preis. Wir bekennen uns zum Tarifniveau für den öffentlichen Dienst zur Erbringung der öffentlichen Dienstleistungen. Selbstverständlich sind uns die Gleichstellung von Frau und Mann sowie die bevorzugte Beschäftigung Schwerbehinderter.

Über einen mitarbeiterorientierten Führungsstil, eine ausgewogene Personalentwicklungsplanung und eine verstärkte Fortbildung wollen wir Unzufriedenheit im Personalkörper der Kreisverwaltung abbauen und die Motivation wie die Qualifikation steigern. Auf Druck unserer Fraktion wird erstmals Jobsharing für Führungskräfte angeboten, was sehr gut angenommen wird. Es hat sich gezeigt, dass in der Kreisverwaltung viele Beschäftigte bereit sind, sich fortzubilden und mehr Verantwortung zu übernehmen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen im Kreishaus eine Perspektive für ihren beruflichen Aufstieg haben. Das steigert ihre Motivation und erhöht so die Arbeitsleistung.

Wir setzen uns für einen Frauenförderplan ein, der auch zur Besetzung von Führungspositionen durch Frauen führt. Wir wollen den Wiedereinstieg in den Beruf nach Erziehungspausen erleichtern. Die Einrichtung einer U3-Großtagespflege im Bereich der Kreisverwaltung haben wir deshalb unterstützt.

Zu der von uns gewollten Modernisierung der Kreisverwaltung gehören auch diese Elemente: eine schlanke Hierarchie mit dezentraler Entscheidungskompetenz für die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter, teamorientiertes Arbeiten, Mitarbeiter-/Vorgesetztingespräche und Aufstiegsmöglichkeiten, die nicht vom Parteibuch, sondern allein von der Qualifikation und der Leistungsbereitschaft abhängig sind.

9. Ortsnah mehr Sicherheit schaffen.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich auf den Straßen und Plätzen des Rhein-Erft-Kreises sicher bewegen können. Durch Aufklärungskampagnen über besondere Unfallgefahren, gezielte Öffentlichkeitsarbeit, ebenso wie durch sachgerechte, auch unvermutete Kontrollen wollen wir für ein faires Miteinander im Straßenverkehr sorgen.

Der steigenden Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft wollen wir durch schnelles und effektives polizeiliches Handeln entgegenreten. Es darf keine gesetzesfreien Räume in unserem Kreis geben. Rechtsverstöße von Jugendlichen müssen im Zusammenwirken von Eltern, Jugendamt, Polizei und Justiz sofort angesprochen und geahndet werden, ohne die jungen Menschen vorschnell zu kriminalisieren. Das Projekt „Kurve kriegen“ des Innen- und Kommunalministers NRW zeigt den Weg auf; der Rhein-Erft-Kreis ist einer der beiden Modellkreise dieses Projekts.

Durch Ordnungspartnerschaften zwischen den kommunalen Dienststellen, der Polizei und der Bürgerschaft, die in einzelnen Kommunen bereits erfolgreich arbeiten, wollen wir an allen durch überdurchschnittlich viele Straftaten und Rechtsverstöße gekennzeichneten Punkten die Ursachen gezielt bekämpfen, den Präventionsgedanken stärken und die Sicherheit der Anwohnerinnen und Anwohner erhöhen.

10. Der Rhein-Erft-Kreis braucht den Wechsel!

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für eine lebenswerte Zukunft im Rhein-Erft-Kreis. Dabei orientieren wir uns an unseren Grundwerten: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Lebenschancen werden nicht in abstrakten Gesetzen auf übergeordneten Ebenen entschieden - sondern vor Ort.

So entscheiden sich die Gleichstellung von Frau und Mann und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ganz wesentlich am Betreuungsangebot, die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Kindergarten, in der Schule und auf dem Sportplatz, das Miteinander der Generationen und Menschen unterschiedlicher Herkunft in der Nachbarschaft.

Wir wissen: Kommunal ist nicht egal. Der Kreistag braucht eine sozialdemokratische Mehrheit, damit Kreispolitik wieder im Sinne und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger betrieben wird. Die Rhein-Erft SPD ist die richtige Partei für eine bessere Zukunft des Rhein-Erft-Kreises.